

sozial



**Pflegekinder in der Schweiz:
Was es braucht für ein gutes Aufwachsen**

Seite 10



EDITORIAL

Unser neues Normal ist alles andere als normal – und das ist gut so

Wenn sich die Arbeits- und Lebenswelten so rasch verändern wie in den vergangenen anderthalb Jahren, bringt dies auch Gefühle und Gedanken ins Rotieren. Oft waren wir hin- und hergerissen zwischen Sorge und Erschöpfung einerseits, Mut und Hoffnung andererseits. Mir ging es nicht anders. Unmittelbar vor der Pandemie haben wir, das Departement Soziale Arbeit der ZHAW, begonnen, uns neu auszurichten. Dies mit dem Ziel, unsere wissenschaftliche Expertise noch stärker dazu zu nutzen, um als Dienstleister für die sozialarbeiterische Praxis da zu sein. Wir wollten noch aktueller werden, noch aufmerksamer. Corona hat diese Aufgabe wahrlich nicht einfacher gemacht. Aber es hat uns auch in unserem Vorhaben bestärkt.

Denn für die meisten Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit bedeutete die Pandemie ein drastischer Einschnitt. Für uns als Hochschule war klar, dass wir uns mit allen Möglichkeiten für diese Menschen einsetzen, und zwar auf jene Weise, auf die wir am meisten beitragen können: Indem wir Sozialarbeitende ausbilden; indem wir forschen und die Erkenntnisse für Praxis und Politik zur Verfügung stellen; indem wir uns mit Sozialarbeitenden zusammensetzen. Vieles davon konnten wir schon umsetzen.

Ein sichtbares Zeichen für unsere Veränderung ist das Magazin «sozial». Es sieht nicht nur anders aus, sondern soll auch den neuen Geist verkörpern: aktueller, engagierter, praxisnaher. Unser neues Normal ist also alles andere als normal – und das ist gut so.

Herzlich,
Frank Wittmann
Direktor ZHAW Soziale Arbeit

Impressum

HERAUSGEBER
ZHAW Soziale Arbeit
Pfungstweidstrasse 96
Postfach
8037 Zürich

KONZEPT
Regula Freuler
Christine Zürn

REDAKTION
Regula Freuler
regula.freuler@zhaw.ch

GESTALTUNG
Andrea Koch, Notice Design, Zürich

KORREKTORAT
Text Control, Zürich

ADRESSÄNDERUNGEN
zhaw.ch/sozialarbeit/
adressaenderung

«SOZIAL» ABONNIEREN
zhaw.ch/sozial-abonnieren

«SOZIAL» ABBESTELLEN
adressverwaltung.sozialarbeit@
zhaw.ch

DRUCK
Schmid-Fehr AG, Goldach

AUFLAGE
22 000 Exemplare;
erscheint zweimal jährlich

Klimaneutral gedruckt auf
FSC-zertifiziertes Papier.
Gedruckt in der Schweiz.

INHALT



Pflegekinder in der Schweiz
Seite 10



Wie wir mit Hassrede umgehen sollten
Seite 16



Sozipedia
Seite 29



Caritas-Projekt «Copilot»
Seite 26

FORSCHUNG — PRAXIS — WEITERBILDUNG

6 Nichtbezug von Sozialhilfe

Warum viele Menschen mit Migrationshintergrund auf Geld verzichten, das ihnen zustünde.

9 Fernbeziehung

Covid-19 hat die vertrauten Gesprächssettings in der Sozialberatung stark verändert.

10 Ein sicheres Zuhause

Wie wachsen fremdplatzierte Kinder in der Schweiz am besten auf? Darüber sind sich Politik und Wissenschaft nicht immer einig.

16 Keine rechtsfreien Räume

Rechtspsychiater Frank Urbaniok über Bedrohungsmanagement

22 Ausgrenzung unter Ausgegrenzten

Was die Etablierten-Aussen-seiter-Theorie von Norbert Elias mit einem Alkoholikertreff gemein hat.

25 Pink Cross forscht mit – über sich

Die Community schwuler, bisexueller und queerer Männer wird aktiv in ein Forschungsprojekt über sie einbezogen.

26 «Copilot» hilft beim Schulstart

Caritas Zürich unterstützt Familien mit jungen Kindern, sich im Schweizer Schulsystem zurechtzufinden.

RUBRIKEN

4 NOTIERT

Studien, Initiativen, Publikationen: Neues aus dem Departement

18 INTERVIEW

mit Raphael Golta, Sozialvorsteher der Stadt Zürich, und den ZHAW-Dozierenden Monika Götzö und Michael Herzig

29 SOZIPEDIA

Eine Kolumne über Fachbegriffe auf Abwegen

28 ALUMNI

Simon Stocker, Master-Absolvent und Experte für Alterspolitik mit Exekutiv-Erfahrung

30 INTERNATIONAL

von Manuel Bertogg aus Marseille

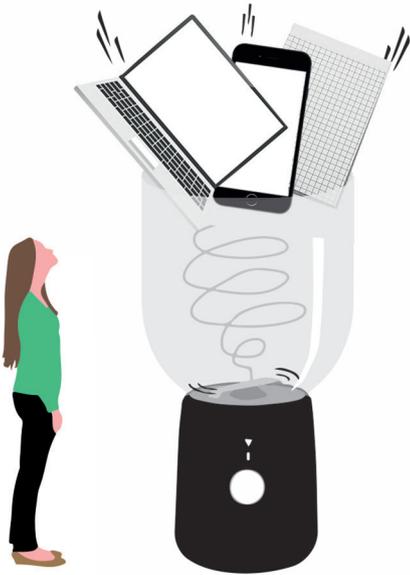
32 SOZIAL GESEHEN

Cartoon von Lawrence Grimm

Ledige Mütter unter Druck

Während vieler Jahre wurden Kinder bei einer Adoption aus ihrer Herkunftsfamilie herausgelöst und in einer neuen Familie platziert, ohne dass dem Kindeswohl genügend Beachtung geschenkt wurde. Vor allem ledige Mütter standen unter Druck, ihre Kinder abzugeben. Die behördlichen und institutionellen Dynamiken dahinter wurden bisher kaum untersucht. Für den Zeitraum seit den 1960er-Jahren leisten dies nun Susanne Businger und Nadja Ramsauer vom Institut für Kindheit, Jugend und Familie. Die Rechtsgrundlagen, die Entwicklung der Adoptionszahlen und die Sichtweise der Betroffenen werden ebenfalls analysiert. Die Studie zur Geschichte der nationalen und internationalen Adoptionen wird vom Schweizerischen Nationalfonds gefördert.

→ zhaw.ch/adoption-zwang



BLENDED LEARNING

Wie Lehren und Lernen aufgemischt werden

Eigentlich steht ein Blender (Neudeutsch: Mixer) in der Küche und verarbeitet Früchte zu Saft. Seit einiger Zeit wird der Begriff auch im Bildungskontext verwendet: Blended Learning steht für gemischtes Lehren und Lernen. Dabei werden Präsenzunterricht und Online-Elemente und -Tools sowie neue didaktische Methoden kombiniert. Im Grund ist das nicht wirklich neu, doch der Lockdown hat der Entwicklung in diesem Bereich erst so richtig Vorschub geleistet – auch an der ZHAW Soziale Arbeit: Das Departement hat diesen Digitalisierungssprung genutzt, um Lehre und Weiterbildung in Blended-Learning-Settings zu überführen. Dieser Prozess wird noch einige Monate dauern. Ein Umsetzungskonzept zur ZHAW-Strategie «Bildung und digitale Transformation» ist in Erarbeitung und wird eine konzeptionelle Grundlage für diese Veränderungen geben. Derzeit werden Standards guter gemischter Lehr- und Lernsettings entwickelt. Diese werden abgestützt durch die zahlreichen gewonnenen Erfahrungen der vergangenen Monate.

→ blog.zhaw.ch/digitalsozial

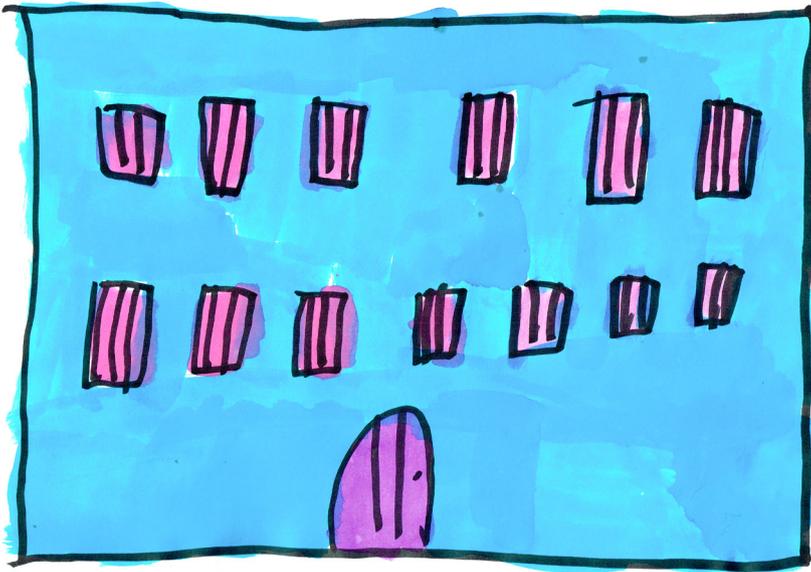


HÄUSLICHE GEWALT

Für einen besseren Schutz

In der Schweiz nimmt die Zahl registrierter Fälle von häuslicher Gewalt seit Jahren zu. Was steht hinter dem Phänomen? Dies zu untersuchen, ist das Ziel zweier Studien unter der Co-Leitung von Dirk Baier und Susanne Nef. Zum einen soll die erste systematische Analyse von Statistiken über die Entwicklung häuslicher Gewalt während der Covid-19-Pandemie Aufschluss geben. Diese wird ergänzt durch Befragungen von Betroffenen sowie Interviews mit Expertinnen und Experten. In der zweiten Studie steht die Gewaltbetroffenheit im Lebensverlauf von Menschen mit Behinderungen, im Alter sowie LGBTQI+ im Fokus. Hierbei sollen die Wechselwirkung der Risikofaktoren sowie die Barrieren des Zugangs zu Unterstützung und Schutz aus intersektionaler Perspektive analysiert werden. Beide Studien werden vom Eidgenössischen Büro für Gleichstellung von Frau und Mann finanziert.

→ zhaw.ch/gewaltpraevention-vulnerable



ELTERN IN HAFT

Papas Fenster hat Gitter

Eisenstäbe und Mauern: So zeichnet ein Kind ein Gefängnis – normalerweise. Sitzt ein Elternteil dieses Kindes in Haft, kommen Motive dazu, die von Verlust und Trauer künden. Dass eine Inhaftierung von Vater oder Mutter gravierende Folgen für die Entwicklung eines Kindes haben kann, ist bekannt. Dennoch gibt es zu diesen vergessenen Opfern keine gesamtschweizerischen Informationen. Eine Studie der ZHAW Soziale Arbeit soll dies ändern. Im Auftrag des Bundesamts für Justiz erhebt ein Team unter der Leitung von Patrik Manzoni die aktuelle Praxis von Justizvollzugsanstalten und die Erfahrungen von allen Betroffenen. So wird geklärt, ob und wie die Kinder ihr Recht wahrnehmen können, eine Beziehung zum inhaftierten Elternteil zu pflegen. Die Studie dauert bis Herbst 2022 und soll Empfehlungen zu Best Practice abgeben.

→ zhaw.ch/eltern-inhaftiert

SONDERSCHULISCHE SETTINGS

Migrationskinder betroffen

Hierzulande lernen Kinder mit Migrationshintergrund überproportional häufig in sonderschulischen Settings. Ein Team der ZHAW Soziale Arbeit analysiert anhand von sechs Fällen im Kanton Zürich, wie es dazu kommt. Die Kinder sind im Alter zwischen Einschulungsalter und 16 Jahren und haben die Diagnose «kognitive Beeinträchtigung» erhalten. Mithilfe von qualitativen Interviews soll ihre schulische Geschichte nachvollzogen werden. Die Studie wird von der Mercator-Stiftung finanziert und läuft bis Ende 2021.

→ zhaw.ch/fluechtlingskinder-schule



AHV/IV

Zur Reform der Ergänzungsleistungen

Seit ihrer Einführung im Jahr 1966 haben sich die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV zu einem unerlässlichen Pfeiler der sozialen Sicherheit entwickelt. Denn leider gibt es in der reichen Schweiz sowohl Altersarmut wie auch Armut unter Menschen mit einem Handicap – und das bis heute. Wie das komplexe System der Ergänzungsleistungen angelegt ist und wie es sich in der Praxis von Verwaltung und Rechtsprechung gestaltet, zeigen Erwin Carigiet und Uwe Koch in ihrem Buch. Dieses hat sich seit der Erstpublikation im Jahr 1995 zum Standardwerk und als wegweisendes Arbeitsinstrument etabliert.

In der soeben erschienenen Neuauflage widmen sich die Autoren eingehend der am 1. Januar 2021 in Kraft getretenen EL-Reform. Sie erläutern insbesondere die Vermögensschwelle, die neuen Mietzinsrichtlinien und die Rückerstattungspflicht der Erbinnen und Erben. Damit wollen sie insbesondere die Mitarbeitenden der Sozialberatung bei ihrer Arbeit unterstützen.

Erwin Carigiet, Uwe Koch: *Ergänzungsleistungen zur AHV/IV* (3., überarbeitete und ergänzte Auflage). Schulthess, Zürich 2021. 391 Seiten.

DIE ZAHL

29%

So hoch ist der Anteil der Sozialhilfebeziehenden unter 18 Jahren. Das sind mehr als 79000 Kinder und Jugendliche. Dies ergab der statistische Bericht 2021 über Familien in der Schweiz.

Quelle: Bundesamt für Statistik, Eurostat

SOZIALHILFE

Unerreichbar nah



Trotz prekärer Lebenslage machen viele Ausländerinnen und Ausländer von ihrem Recht auf Sozialhilfe keinen Gebrauch. Was sind ihre Gründe? Hat die Corona-Pandemie dieses Verhalten geändert? Wir haben Fachpersonen bei Behörden und NGO befragt.

Von GISELA MEIER, EVA MEY und RAHEL STROHMEIER NAVARRO SMITH

«Die Lage wird sich weiter verschärfen, und es wird vor allem Ausländerinnen und Ausländer mit niedrigem Lohn treffen», lautet die Einschätzung einer Sozialarbeiterin aus der wirtschaftlichen Sozialhilfe auf die Frage, wie die Covid-19-Pandemie das Phänomen Nichtbezug von Sozialhilfe beeinflussen wird. Die Corona-Krise hat gezeigt, wo unsere soziale Sicherung schlecht greift und an ihre Grenzen stösst. Dies gilt insbesondere für den Nichtbezug von Sozialhilfe – eine Problematik, die in der Sozialen Arbeit schon länger mit Sorge beobachtet wird. Betroffen sind dabei insbesondere Ausländerinnen und Ausländer mit Aufenthaltsbewilligung B oder C, die trotz prekärer Lebenslagen unterhalb des sozialhilferechtlichen Existenzminimums die ihnen zustehende materielle Hilfe bewusst nicht beantragen.

Kontakt wird abgebrochen

Welche gesetzlichen Mechanismen und individuellen Gründe stecken hinter diesem Phänomen? Wie wird derzeit in der Sozialen Arbeit damit umgegangen? Und wie wirkt sich der Nichtbezug auf die betroffenen Personen aus? Diesen Fragen sind wir anhand von Interviews mit Fachpersonen aus staatlichen und nicht-staatlichen Behörden- und Fachstellen des Sozial- und Migrationsbereichs im Kanton Zürich nachgegangen.

Bisherige Untersuchungen zeigen, dass häufig prozessuale und strukturelle Gründe zum Nichtbezug von Sozialhilfe führen. Sie liegen etwa in komplizierten Anmeldeverfahren oder in der restriktiven Definition von Anspruchskriterien. Für die ausländische Bevölkerung kommt eine erhebliche Hürde hinzu: die zunehmende Verschränkung

von Migrations- und Sozialpolitik. Diese wurde mit der Einführung des revidierten Ausländer- und Integrationsgesetzes im Jahr 2019 akzentuiert. Insbesondere Aufenthalts- und Niederlassungsrechte, aber auch das Recht auf Familiennachzug oder eine Einbürgerung sind an die eigene wirtschaftliche Unabhängigkeit gekoppelt.

Unter Pandemiebedingungen geraten oftmals jene Migrantinnen und Migranten, die ohnehin schon in krisenanfälligen Branchen und in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, in eine doppelt prekäre Situation: Sie verlieren nicht nur ihre Arbeitsstelle, sondern sie sehen auch ihr Bleiberecht gefährdet. Den Gang aufs Sozialamt, zu dem sie berechtigt wären, versuchen sie deshalb zu vermeiden. Dieser Umstand führt zu einem Dilemma in der sozialarbeiterischen Beratung. Wenn sich zeigt, dass Personen dringend auf Sozialhilfe angewiesen wären, wird üblicherweise Motivations- und Unterstützungsarbeit geleistet, um diese zu beantragen, trotz potenzieller aufenthaltsrechtlicher Konsequenzen. Häufig führt dies zum Kontaktabbruch: «Von einem Tag auf den anderen sehen wir sie nie mehr», erzählt eine interviewte Fachperson aus einer NGO. Häufig sei

Wenn Menschen den Gang aufs Sozialamt vermeiden, führt das zu einem Dilemma in der sozialarbeiterischen Beratung.



Gesetzesvorgaben werden kantonal sehr unterschiedlich umgesetzt. Zudem gibt es bei Fallentscheiden viel Ermessensspielraum.

kaum vorstellbar, wie es die Familien schaffen, unter den gegebenen Bedingungen finanziell durchzukommen. Doch im Falle eines Kontaktabbruchs könne keine persönliche Hilfe mehr geleistet werden.

Viele Fachpersonen sowohl von staatlichen wie nicht-staatlichen Organisationen schildern, dass die Angst vor ausländerrechtlichen Konsequenzen enorm gross sei, wobei deren Berechtigung nie ganz sicher sei. Erstens werden die gesetzlichen Vorgaben kantonal unterschiedlich umgesetzt. Zweitens scheint es erhebliche Ermessensspielräume auf der Ebene der einzelnen Fallentscheide zu geben. So spielt es eine Rolle, wie die Meldepflicht in den jeweiligen Gemeinden seitens der Sozialhilfe konkret umgesetzt wird; das kantonale Migrationsamt evaluiert und bewertet dann seinerseits den Sozialhilfebezug im Rahmen der aufenthaltsrechtlichen Abklärungen.

Hohe Dunkelziffer

Dazu kommt, dass die Dokumentation zu ausländerrechtlichen Entscheiden noch lückenhaft und wenig zugänglich ist, was diese sowohl für Betroffene als auch für Fachpersonen noch weniger vorhersehbar macht und auf beiden Seiten grosse Unsicherheiten hinterlässt. So wird zum Beispiel nicht differenziert erfasst, aus welchen Gründen eine Aufenthaltsbewilligung entzogen wird. Je nach institutionellem und kommunalpolitischem Kontext variiert der Zeitpunkt, wann eine Meldung erfolgt, erheblich. Im Extremfall wird eine Meldung bereits nach dem ersten Kontakt mit dem Sozialdienst getätigt – auch

ohne tatsächlichen Bezug finanzieller Leistungen.

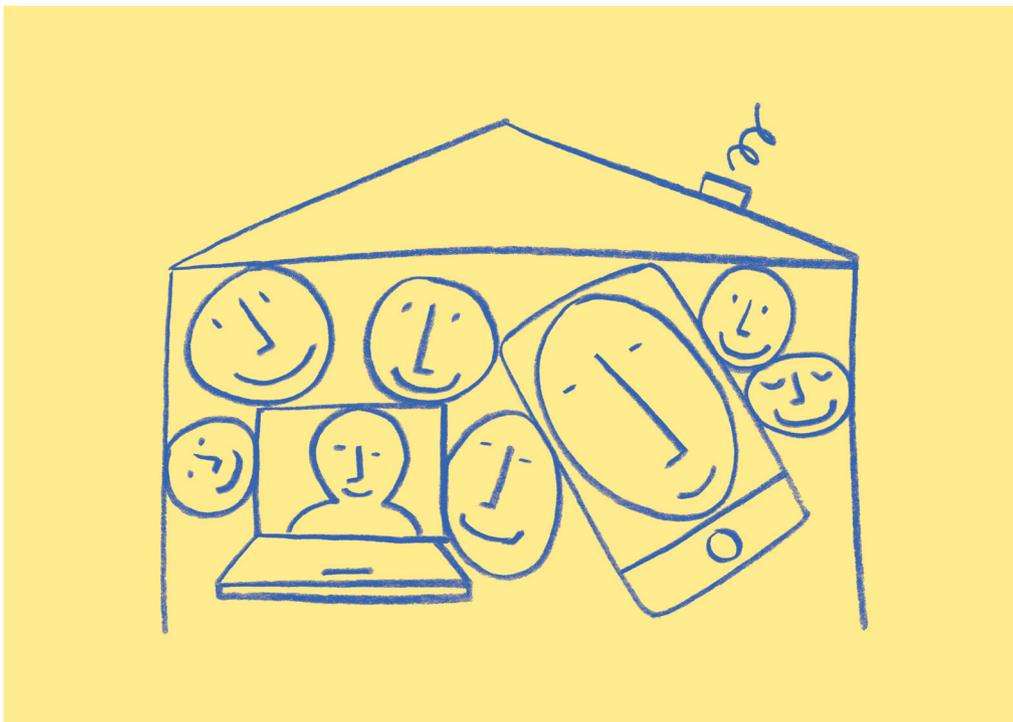
Es gibt auf nationaler Ebene noch keine gesicherten Zahlen darüber, wie viele Migrantinnen und Migranten aus Furcht vor ausländerrechtlichen Konsequenzen das Sozialamt meiden oder welche Personengruppen, beispielsweise in Bezug auf Alter oder Familienform, besonders betroffen sind. Jedoch gehen Fachpersonen unisono von einer hohen Anzahl unbekannter Fälle aus: «Die Dunkelziffer ist eben besonders dunkel.»

Wege aus der Abwärtsspirale

Einigkeit besteht unter den für die Studie Befragten auch bezüglich der gravierenden Folgen. So mögen kurz- und mittelfristig die privaten Netzwerke oder vorübergehende Angebote seitens Staat und NGO aushelfen. Längerfristig jedoch drohen Verschuldungs- und Prekarisierungsspiralen, in deren Verlauf irgendwann der soziale Rückzug erfolgt, die Wohnsituation unsicher wird und physische und/oder psychische Probleme zunehmen. Wenn Kinder da sind, können sich die Probleme in mehrfacher Hinsicht und mit potenziell nachhaltigeren Folgen verschärfen.

Die derzeit ergriffenen Massnahmen in Form von finanziellen Unterstützungsleistungen jenseits der regulären Sozialhilfe können zwar helfen, eine solche Abwärtsspirale hinauszuzögern (siehe Interview S. 18). Doch kann eine Situation nicht befriedigen, in der Menschen, die zum Teil schon viele Jahre in der Schweiz leben, ein Grundrecht – nämlich das Anrecht auf finanzielle Hilfe in Notlagen – nicht in Anspruch zu nehmen wagen, weil sie ihre Aufenthaltssicherheit nicht riskieren möchten. In einem grösseren Folgeprojekt möchten wir die zunehmende Verschränkung der Sozial- und Migrationspolitik und ihre Auswirkungen aus Sicht der Betroffenen vertieft analysieren und damit Licht ins Dunkel auch langfristiger Folgen des Nichtbezugs von Sozialhilfe bringen. ✕

→ doi.org/10.21256/zhaw-2651



SOZIALBERATUNG ONLINE

Videocall, Telefon und SMS: Was vom Lockdown übrig bleibt

Von MIRYAM ESER DAVOLIO, GISELA MEIER,
KUSHTRIM ADILI und CLAUDIA KUNZ MARTIN

Rasch ein Online-Meeting aufsetzen oder einen Videocall vereinbaren anstelle eines Termins im Büro: Was den meisten Sozialberatungsstellen – und wohl den meisten von uns überhaupt – im Frühjahr 2020 als schiere Unmöglichkeit vorkam, ist heute vielerorts selbstverständlich. So benutzt man beispielsweise bei der Sozialberatung Stadt Zürich und in Winterthur seit diesem Jahr neben persönlichen Treffen auch Online-Tools, um Klientinnen und Klienten zu beraten.

Wie gingen andere Stellen mit dem jähen Schubs in den Lockdown und ins Homeoffice um? Und was nahmen sie in die neue Normalität mit? Dies wollten wir in einer explorativen Analyse herausfinden.

Bei den Gruppendiskussionen mit 21 Sozialarbeitenden aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern zeigten sich viele Gemeinsamkeiten. So verfügten die wenigsten Beratungsdienste über die nötige technische Infrastruktur wie Dienstcomputer für alle Mitarbeitenden oder Lizenzen für Programme, die den Anforderungen des Datenschutzes genügten.

Dies führte dazu, dass die meisten der Befragten lediglich Telefon und Mail nutzten, auch wenn Videocalls der Qualität einer persönlichen Begegnung näher gekommen und mit we-

niger Wahrnehmungsdefiziten wie fehlender Mimik und Gestik verbunden gewesen wären. Allerdings hätten für Videocalls bei gewissen Adressatinnen und Adressaten die Infrastruktur und das Know-how gefehlt.

Als zentrales Fazit hielten die Sozialarbeitenden die Möglichkeit fest, über elektronische Medien die Gespräche niederschwelliger zu gestalten, indem diese etwa in kürzeren Abständen und häufiger als sonst üblich stattfanden. Zudem sei der Aufwand bezüglich Koordination mit weiteren Beteiligten oder der Wegaufwand dank Online-Setting deutlich geringer. Trotzdem möchten die meisten Sozialarbeitenden Face-to-Face-Beratungen nicht missen, insbesondere bei Erstgesprächen, bei denen der Beziehungsaufbau sonst nur schwer zu bewerkstelligen sei.

Aus all diesen Gründen haben viele Beratungsstellen entschieden, Mischformen von physischen, virtuellen und telefonischen Gesprächen einzuführen. Für uns als Hochschule bedeutet dies, dass wir uns zusammen mit der Praxis weiter intensiv mit der Digitalisierung der Sozialen Arbeit befassen.

→ zhaw.ch/online-sozialberatung



Was Pflegekinder brauchen

In europäischen Ländern sollen fremdplatzierte Kinder viel häufiger in Pflegefamilien als in Heimen aufwachsen. In der Schweiz läuft der Trend in die entgegengesetzte Richtung. Doch man sollte zuerst über Qualitätsstandards diskutieren, bevor man politische Weichen stellt.

Von DANIELA REIMER

Wenn Kinder in einem Heim oder einer Pflegefamilie aufwachsen, wird das in der Regel kritisch beäugt. Das liegt an der leidvollen Geschichte dieser beiden Formen von Fremdplatzierung, die von Moralismus, Missbrauchserfahrungen und Beamtenwillkür geprägt ist, in der Schweiz zumindest bis zur Aufhebung des Jugendhilfegesetzes im Jahr 1981. Seither hat sich vieles grundlegend geändert, politisch, juristisch, gesellschaftlich.

Aus einer Professionsperspektive der Sozialen Arbeit stellen sich bei einer Fremdplatzierung in einer Pflegefamilie folgende Leitfragen: Welche Rahmenbedingungen brauchen Kinder und Familien? Was ist eine gute Unterstützung für Pflegekinder? Wie kann eine Struktur so gestaltet sein, dass sie im besten Interesse des Kindes ist, also seine Bedürfnisse und seine Situation im Mittelpunkt stehen? Diese Fragen werden seit dem Postulat der damaligen Nationalrätin und heutigen Regierungsrätin Jacqueline Fehr aus dem Jahr 2002, in welchem sie klare, kindzentrierte und national einheitliche Standards für die Pflegekinderhilfe forderte, regelmässig sowohl in der Sozialen

Arbeit wie auch auf politischer Ebene diskutiert. Doch nicht nur in der Schweiz, sondern auch in anderen europäischen Ländern, vor allem in Osteuropa, wird diskutiert, wie gemeinsame Qualitätsstandards entwickelt werden können. Dies mit dem Ziel, dass weniger Kinder in Heimen platziert werden und sie stattdessen eine Pflegefamilie finden. In Deutschland etwa verabschiedete der Bundestag im Frühjahr eine Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Dieses beinhaltet unter anderem eine strengere Aufsicht von Heimen und ähnlichen Einrichtungen sowie Anlaufstellen für fremdplatzierte Kinder und Jugendliche. In der Schweiz haben diverse Kantone – darunter auch die grossen Kantone Zürich und Bern – ihre Rahmenbedingungen für die Pflegekinderhilfe in den vergangenen Jahren verändert oder sie arbeiten derzeit an Veränderungen. In Zürich soll die neue Verordnung zum Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG) per 1. Januar 2022 in Kraft treten.

Ein Grund für die angestrebten Änderungen ist die grosse Diversität in den Finanzierungs- und Begleitstrukturen für Pflegeverhältnisse, sogar



innerhalb der Kantone. Zum einen gibt es unbegeleitete Pflegeverhältnisse, die in den meisten Gemeinden nur wenige Aufsichtsbesuche pro Jahr bekommen; viele davon sind Verwandtenpflegeverhältnisse. Zum anderen gibt es durch private Dienstleistungsanbieter in der Familienpflege (DAF) vermittelte und begleitete Pflegeverhältnisse. Je nach DAF sind diese unterschiedlich eng gerahmt. Rund die Hälfte der Pflegekinder in der Deutschschweiz werden über DAF vermittelt, weshalb sie eine bedeutende Rolle im Rahmen der Fremdplatzierung spielen.

Mehr Transparenz angestrebt

Und als Drittes gibt es professionelle Pflegefamilien, in denen mindestens ein Pflegeelternanteil eine pädagogische Ausbildung hat. Zudem bekommen sie nicht nur einen Lohn für ihre Tätigkeit, sondern werden meistens auch noch professionell begleitet. Die Höhe der Entlohnungen und die Kriterien, warum welches Kind wo platziert wird, sind nicht immer eindeutig. Ausserdem fehlt bis jetzt eine schweizweite Übersicht. Die anstehenden Änderungen in den Kantonen können dem System mehr Transparenz und eine stärkere Angleichung ermöglichen.

Im Kanton Bern wird angeknüpft an das Projekt «Optimierung der ergänzenden Hilfen zur Erziehung» (Projekt OeHE), bei dem die Begleitung von Pflegeverhältnissen seit einigen Jahren

DREI FORSCHUNGSPROJEKTE

Am Institut für Kindheit, Jugend und Familie der ZHAW Soziale Arbeit hat im März 2021 die SNF-Studie «Bilder der Pflegefamilie – und ihre Wirkung auf Kooperationsprozesse» unter der Leitung von Daniela Reimer gestartet. Ziel ist es, Entwicklungsmöglichkeiten und -grenzen der Pflegekinderhilfe in der Praxis fundiert zu diskutieren und Reflexionsflächen für Fachkräfte zu schaffen. Die Palatin-Stiftung fördert im Rahmen des Projekts «Pflegekinder – Next Generation» seit April 2021 drei Studien; sechs Schweizer Hochschulen sind beteiligt, auch die ZHAW. So leitet Daniela Reimer die Studie «Gute Begleitung von Pflegeverhältnissen», und Nadja Ramsauer arbeitet an der Studie zu den «Kantonalen Strukturen der Pflegekinderhilfe» mit.

→ zhaw.ch/gute-begleitung;
zhaw.ch/bilder-pflegefamilie;
pflegekinder-nextgeneration.ch

insbesondere auf Krisensituationen fokussiert wird. In Zürich soll mit dem neuen Kinder- und Jugendheimgesetz die Begleitung durch DAF nicht mehr pauschal finanziert, sondern nach erfolgten Leistungen abgerechnet werden. Ausserdem schlägt der Kanton vor, das Setting der professionellen Pflegefamilien innerhalb von fünf Jahren abzuschaffen. Einige Punkte sind noch in Diskussion; die letzten Anpassungen werden bis zum Inkrafttreten am 1. Januar 2022 erfolgen. Parallel zu den Änderungen in den Kantonen hat die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) im Januar 2021 insgesamt 42 Empfehlungen für die ausserfamiliale Unterbringung von Kindern veröffentlicht. In diesen Empfehlungen wird das Kindeswohl ins Zentrum gestellt. Zudem werden qualitative Mindeststandards für eine einvernehmliche oder angeordnete Fremdunterbringung festgelegt. Die SODK-Empfehlungen verstehen sich als Orientierungsrahmen für fachliche und politische Gremien. Ebenso sollen kantonale Stellen und Gemeinden die Weiterentwicklung ihrer Prozesse danach ausrichten können.

Wider den europäischen Trend

Die kantonalen Anpassungen und die Empfehlungen der SODK sind parallele Prozesse. Sie beeinflussen sich wechselseitig, weil sie den Rahmen stecken für die strukturelle und fachliche Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe und entsprechend aufeinander abgestimmt werden müssen. Wissenschaftlich begleitet werden die kantonalen Änderungen bisher nur an wenigen Orten, zum Beispiel im Kanton Neuchâtel. Unklar wird in all den Neuerungen zunehmend die Rolle der DAF, die auch vorher an den meisten Orten nicht vollständig geklärt war. In ihrer ganzen – manchmal auch kritisch betrachteten – Vielfalt haben die DAF in den letzten Jahrzehnten die bis anhin in Laienhänden befindliche Pflegekinderhilfe professionalisiert und an vielen Orten verbessert.

In den Empfehlungen der SODK wird nun nicht vorgeschlagen, sie in der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) aufzunehmen, wie dies von vielen DAF gefordert wird. Auch im Vertragsverhältnis zwischen Gemeinden und Pflegefamilien werden DAF nicht als Vertragspartner vorgeschlagen. Neue Finanzierungsvorschläge wie etwa die Abrechnung auf Stundenbasis würden dazu führen, dass die Arbeit der DAF administrativ aufwendiger und die finanzielle Basis prekärer werden würden. Während in der Schweiz Pflegefamilien immer noch allzu oft







Die Fotografin Sarah Carp hat im Foto-Essay «Paranthèse» ihre Welt als Mutter im Lockdown festgehalten. Dafür wurde sie als Swiss Press Photographer of the Year 2021 ausgezeichnet. Die Bilder hier stammen aus dem Essay sowie aus dem Zyklus «Echappées» (2002–2005).

als günstige Alternative zur Heimerziehung betrachtet werden, die idealerweise noch günstiger werden soll, hat die Europäische Union die Pflegekinderhilfe zur besten Option für ausserfamiliäre Unterbringungen ernannt und treibt den Ausbau der Pflegekinderhilfe im Rahmen der EU-Deinstitutionalisierungsinitiative seit Anfang 2000 massiv voran. In manchen osteuropäischen Ländern, die bis in die Nullerjahre hinein traurige Berühmtheit erlangten wegen ihrer grossen Institutionen und der dort herrschenden furchtbaren Zustände, leben heute deutlich mehr Kinder in Pflegefamilien als in Heimen, so etwa in Serbien, Bulgarien und Rumänien.

Während in der Schweiz weiterhin viele kleine Kinder in Institutionen leben, will die Europäische Union diese Praxis unterbinden und fordert das Ende der institutionellen Platzierung von allen Kindern, insbesondere der jüngeren Kinder. Damit ist sie auch im Einklang mit internationalen Erklärungen, wie zum Beispiel der «United Nations Guidelines for the Alternative Care of Children», die fordern, dass Heimplatzierungen limitiert beziehungsweise nur für ältere Kinder in Betracht gezogen werden sollen, für die genau dieses spezialisierte Setting angemessen ist.

Studien mit starker Partizipation

Zwar stellt sich auch in der EU die Frage, wie Pflegefamilien gefunden und gut begleitet werden können. In vielen Ländern gibt es zu wenige Pflegefamilien und zu wenige qualifizierte Fachpersonen für die Begleitung. Doch die Zielrichtung ist klar, und es werden deutlich Ressourcen für den Ausbau der Pflegekinderhilfe zur Verfügung gestellt. Um zwei der oben genannten Länder als Beispiele zu nennen: Rumänien kündigte 2017 an, über 100 Millionen Euro aus EU-Geldern dafür aufzuwenden, und in Bulgarien wurden zwischen 2014 und 2020 über 160 Millionen Euro in die Deinstitutionalisierung eingesetzt.

In der Schweiz gestalten derzeit verschiedene Organisationen und Projekte die Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe mit. Die SODK hat ihre oben erwähnten Empfehlungen veröffentlicht. Der Fachverband Integras hat «Standards: Prozessqualität zur Platzierung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien» ausgearbeitet und veröffentlicht. Auch in die Forschung wird derzeit viel investiert, unter anderem im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 76 «Fürsorge und Zwang» sowie durch das von der Palatin-Stiftung lancierte Projekt «Pflegekinder – Next Generation». Alleine die ZHAW Soziale Arbeit ist an drei

«In vielen EU-Ländern gibt es zu wenige Pflegefamilien und zu wenige qualifizierte Professionelle für die Begleitung. Doch die Zielrichtung ist klar: weniger Heime.»

Projekten beteiligt beziehungsweise führt diese durch, zum Teil in Kooperation mit anderen Hochschulen (siehe S. 12).

Alle diese Studien haben eine intensive Beteiligung sowohl der sozialarbeiterischen Praxis wie auch die Partizipation der Adressatinnen und Adressaten – Kinder und Pflegefamilien – im Fokus. Mit diesen verschiedenen Bemühungen, Projekten, Empfehlungen und Standards sind die besten Voraussetzungen dafür vorhanden, eine grundlegende Diskussion darüber zu führen, wie der Pflegekinderbereich in der Schweiz dauerhaft so aufgestellt werden kann, dass er zukunftsfähig ist. Ziel der Diskussion muss es sein, eine Pflegekinderhilfe zu entwickeln, die das beste Interesse des Kindes ins Zentrum stellt.

Welche Ressourcen braucht es dafür? Welche politischen Weichen müssen gestellt werden? Welche Rolle sollen Pflegefamilien im System der Kinder- und Jugendhilfe zukünftig spielen? Welche Kompetenzen müssen die Fachpersonen in der Pflegekinderhilfe besitzen, und welche Weiterbildungsangebote braucht es für sie? Um diese Diskussion fundiert zu führen, müssen sich die zentralen Akteurinnen und Akteure all dieser Prozesse nun zusammenfinden. Denn eine fundierte Weiterentwicklung gibt es nur, wenn alle mitgenommen werden: die Praxis in den kommunalen und kantonalen Stellen sowie in den DAF, die Politik und auch die Wissenschaft. X

→ Weiterbildungen:

CAS Kindes- und Erwachsenenschutzrecht;
Kurs Besuchskontakte von fremdplatzierten Kindern professionell begleiten



FORENSIK

Kein Raum für rechtsfreie Räume

Es gehört zu einer offenen Gesellschaft,
sich und andere gegen Drohungen
und Gewalt zu verteidigen. Auch wenn
es manchmal Mut dazu braucht.

Von FRANK URBANIOK

Eine liberale oder, um es mit den Worten von Karl Popper zu sagen, eine offene Gesellschaft lebt davon, dass mündige Bürgerinnen und Bürger Freiheitsrechte besitzen und ihr Leben selbst gestalten können. Die Grenze verläuft dort, wo andere Menschen oder die Umwelt geschädigt werden. Diese rote Linie sollten wir verteidigen, auch wenn es unbequem oder sogar riskant erscheint.

Einfach ist es meistens dann, wenn es einen Einzeltäter gibt wie etwa bei häuslicher Gewalt. Es gibt spezialisierte Polizeieinheiten, und es herrscht ein gesellschaftlicher Konsens darüber, dass die eigenen vier Wände kein rechtsfreier Raum sind.

Immer wieder werde ich gefragt, wie sich Frauen – denn zumeist handelt es sich um Frauen – verhalten sollen, wenn sie von ihrem Partner oder Ex-Partner an Leib und Leben bedroht werden. Ich verweise dann oft auf eine Faustregel. Wenn man denkt: «Ich erstatte lieber keine Anzeige, weil der andere dann noch wütender und es noch gefährlicher wird», handelt es sich meist um jene Fälle, die angezeigt werden sollten. Man glaubt zwar, den Aggressor zu besänftigen und die Situation zu verbessern. Jedoch erreicht man meist genau das Gegenteil. Denn durch das Entgegenkommen fühlt sich der Aggressor bestätigt – und von nun an wird alles nur noch schlimmer.

Das Prinzip, das hier für den Privatbereich beschrieben wird, sollte in gleicher Weise für die ganze Gesellschaft gelten. Was andernfalls passieren kann, zeigte unlängst eine Dokumentation über Hooligans im «Aktuellen Sportstudio». Es ging in der ZDF-Sendung darum, dass sich die Ultras verschiedener Vereine auf Dietmar Hopp, den Sponsor des TSG 1899 Hoffenheim, eingeschossen haben. Er und seine Familie wurden aufs Übelste beleidigt und auch bedroht. Hopp wollte sich das nicht gefallen lassen und erstattete Strafanzeige. Und was geschah? Eine Welle der Solidarität mit dem Angegriffenen? Weit gefehlt. Viele Funktionäre, Medieschaffende und andere «Fachleute» zeigten sich

als feinfühlig Verstehender dieses überaus komplexen Geschehens. Man müsse beide Seiten sehen. Hopp sei nun einmal eine Reizfigur, ausserdem habe er mit seiner Strafanzeige Öl ins Feuer gegossen. Dies habe fatalerweise dazu geführt, dass ganze Fangruppen aus dem Stadion ausgeschlossen wurden – was für eine drakonische Strafe.

In der Dokumentation kamen auch ausführlich die Vertreter der Ultra-Szene zu Wort, und man hörte und staunte nicht schlecht. Dietmar Hopp habe durch seine Anzeige provoziert und eine Grenze überschritten, liessen die Ultras verlauten. Die Aktionen gegen ihn seien berechtigt gewesen, schliesslich habe man die gewünschte mediale Aufmerksamkeit erreicht. Gemeint war: Es sei den Ultras gelungen, die Öffentlichkeit auf das ihrer Ansicht nach gravierende Problem hingewiesen zu haben. Nämlich auf die Unverschämtheit des Hoffenheim-Sponsors, Anzeige zu erstatten. Dieser Steilpass wurde von der ZDF-Redaktion für ihre Dokumentation offenbar gerne aufgenommen. Am Ende orteten die Journalisten das Verschulden irgendwo in der Mitte. Einzig Uli Hoeness brachte es auf den Punkt: Hier werde fälschlicherweise nicht unterschieden, wer eigentlich Täter und wer Opfer sei, so der ehemalige Fussballstar und heutige Funktionär.

Bequem und ängstlich

Nun sind die Ultras kein pöbelnder, drohender oder schlagender Ehemann, den man verhältnismässig leicht bändigen und zur Abkühlung in eine Zelle sperren kann. Bei den Ultras droht potenziell mehr Ärger. Man könnte selbst zur Zielscheibe werden, wenn man sich ihnen entgegenstellt. Da überlegen es sich viele Leute aus Medien, Sport und Politik zweimal, ob man sich mit solchen Leuten anlegen will.

So zeigten sich auch die Macher der ZDF-Dokumentation sichtlich bemüht, die empfindsamen Seelen der Ultras nicht über Gebühr zu strapazieren. Zwar wurden die Aktionen der Ultras nicht explizit gutgeheissen. Aber ihre Vertreter bekamen eine Bühne. Unter

Opfer sind nicht die besseren Menschen. Aber sich auf ihre Seite zu stellen, hat letzten Endes mit Zivilcourage zu tun.

dem Strich wurde der Eindruck vermittelt, Dietmar Hopp habe zu mindestens 50 Prozent selbst zur Eskalation beigetragen, weil er die Ultras derart provoziert habe.

Die Position des neutralen Verstehers, der Verständnis für beide Seiten hat, ist bequem. Man kann sich für den Austausch der Argumente und für eine Mediation einsetzen und stellt damit gleichzeitig sicher, nicht selbst Ziel von Attacken wütender Fangruppen zu werden. Auch in der Schweiz wird im Umgang mit gewaltbereiten Fussballfans oft eine vornehme Zurückhaltung an den Tag gelegt, um der Konfrontation aus dem Weg zu gehen. Genau so entstehen rechtsfreie Räume. Man sucht sich nach Belieben aus, was einem rechtlich genehm ist. Einmal markiert man klar die rote Linie, an anderer Stelle toleriert man, dass sie überschritten wird, weil es unbequemer, konflikthafter und vielleicht sogar gefährlicher ist.

Damit sendet man ein fatales Signal. Es erinnert stark an ein Phänomen bei der Verurteilung von Finanz- und Betrugsdelikten: Die Kleinen hängt man, die Grossen lässt man laufen. Grosse können im Bereich von Bedrohungen und Gewalt auch grosse Gruppen sein, die zum Beispiel in Zusammenhang mit Fussballspielen marodierend durch die Strassen ziehen, Sachbeschädigungen begehen sowie Leute bedrohen und angreifen. Politiker, Sportfunktionäre

und andere Funktionsträgerinnen und -träger, die sich hier um ihre Verantwortung drücken, um Konflikten aus dem Weg zu gehen, sind fehl am Platz.

Wie man das mit Drohungen und Gewalt verbundene Risiko sachgerecht beurteilt, wie man mit Risiken umgeht und was sinnvolle Interventionen sind, ist die praktisch-methodische Seite. Hier geht es um Professionalität und technische Kompetenzen. Wie aber Hetze, Drohungen, Gewalt und Straftaten generell eingeordnet werden, ist Ausdruck einer politischen und gesellschaftlichen Haltung. Die Politik, Entscheidungsträger und Profis aus den Bereichen Polizei und Justiz müssen das Recht umsetzen und vor allem potenzielle Opfer schützen.

Haltung zeigen

Letztlich geht es um eine gesellschaftliche Haltung, die wir gemeinsam repräsentieren sollten. Das heisst: Grösstmögliche Freiheit und Liberalität für die individuelle Lebensgestaltung, aber keine Toleranz gegenüber menschenverachtender Hetze und Gewalt. Und zwar nicht nur dort, wo es einfach und bequem ist, sondern überall, nach dem Motto: keine rechtsfreien Räume.

Das gilt im Übrigen auch für die sozialen Medien. Dort sind Hetze, Drohungen und Aufrufe zu Gewalt an der Tagesordnung. Hier sind wir alle gefordert, uns zu zeigen, uns zu positionieren und uns mit denjenigen zu solidarisieren, die Ziel von Hassattacken sind. Opfer sind nicht die besseren Menschen. Aber sich auf die Seite der Opfer zu stellen, ist – zumindest für mich – die richtige Seite. Das hat letzten Endes immer mit Zivilcourage zu tun und geht uns alle an. ✕

FRANK URBANIOK (* 1962) war von 1997 bis 2018 Chefarzt des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes (PPD) des Kantons Zürich. Er ist als selbständiger Gutachter, Berater, Supervisor und ZHAW-Dozent tätig. Ausserdem publiziert er Bücher und Kommentare zu forensischen und politischen Themen.

→ Weiterbildungen:

CAS Forensisches Bedrohungsmanagement; Kurs Zivilcourage



RAPHAEL GOLTA



MIT
MONIKA GÖTZÖ



MICHAEL HERZIG

Wie viel Not kann die wirtschaftliche Basishilfe lindern?

Seit der Pandemie können sich manche Migrantinnen und Migranten kaum mehr Essen oder eine Wohnung leisten. Durch ein Projekt des Zürcher Stadtrats Raphael Golta stehen ihnen nun 2 Millionen Franken zur Verfügung. Das stösst bei einigen Parteien auf Kritik.

Interview: REGULA FREULER

Herr Golta, im Sommer startete das von Ihnen lancierte Pilotprojekt «Wirtschaftliche Basishilfe», das auf 18 Monate befristet ist: Die Stadt Zürich stellt 2 Millionen Franken Bargeld für Ausländerinnen und Ausländer zur Verfügung, die keinen oder keinen risikolosen Zugang zur Sozialhilfe haben. Wie weit reicht dieser Betrag?

RG Das können wir heute noch nicht sagen. Durch die Datenerhebung der ZHAW zu den kostenlosen Lebensmittelabgaben seit dem Lockdown kennen wir zwar die materiellen Sorgen und Bedürfnisse dieser Menschen, jedoch wissen wir nicht, wie viele es genau sind. Es ist Teil des Projekts, das herauszufinden und entsprechend zu reagieren.

MG In der Stadt Zürich leben geschätzt 10 000 bis 14 000 Sans-Papiers, die keine Sozialhilfe beziehen dürfen. Dazu kommen Migrantinnen und Migranten mit einem B- oder C-Ausweis, die riskieren, ihren Aufenthaltsstatus zu verlieren, wenn sie Sozialhilfe beziehen. Angesichts dieser grossen Zahl sind 2 Millionen Franken nicht viel, aber es ist ein guter Start. Es ist denkbar, dass viele Betroffene zunächst abwarten, um einschätzen zu können, ob sie rechtliche Konsequenzen zu befürchten haben, wenn sie sich melden. Vor allem aber ist entscheidend, wie es mit der Pandemie und der Situation auf dem Arbeitsmarkt weitergehen wird.

Nur einmal grob gerechnet: Wenn man die 2 Millionen Franken auf 10 000 Sans-Papiers verteilt, sind das 200 Franken pro Person. Nimmt man weitere Anspruchsgruppen dazu, ist es noch weniger Geld pro Person. Wie viel Not lässt sich mit einem solchen Betrag wirklich lindern?

RG Die wirtschaftliche Basishilfe ist eine Überbrückungshilfe für akute Notsituationen. Die Höhe orientiert sich am Niveau der Asylvorsorge und liegt damit unter dem Sozialhilfeansatz. Das ist nicht viel Geld, kann im Einzelfall aber den Unterschied machen.

Sans-Papiers leben oftmals zurückgezogen, um nicht aufzufallen. Wie erfahren sie vom Angebot der wirtschaftlichen Basishilfe?

MH Das wird über Netzwerke privater Hilfswerke funktionieren. Aber zunächst ist es keine Frage des Informiertseins, sondern des Vertrauens. Die Angst vor ausländerrechtlichen Konsequenzen ist gross. Dazu kommt die Stigmatisierung, denn niemand ist gerne Bittsteller. Die Leute wollen arbeiten.

«Es gibt ein Recht auf Unterstützung, und den Zugang müssen wir sicherstellen.»

RAPHAEL GOLTA

RG Hier gilt es zu unterscheiden. Die Stigmatisierung müssen wir gesamtgesellschaftlich angehen, sie ist ein Problem der Wahrnehmung. Beispielsweise ist es fragwürdig, wenn jemand keine Zusatzleistungen beziehen will, bloss weil das als stigmatisierend empfunden wird. Die wirtschaftliche Basishilfe hingegen ist für Menschen gedacht, die keinen oder keinen risikofreien Zugang zur Sozialhilfe haben. Das ist ein gesetzgeberisches Problem. Es gibt in diesem Land ein Recht auf Unterstützung in Notlagen, und den Zugang dazu müssen wir sicherstellen.

Wie wollen Sie das ermöglichen?

RG Jene Menschen, die eine berechtigte Angst davor haben, ihren Aufenthaltsstatus aufgrund von Sozialhilfebezug zu verlieren, müssen wir abholen. Dazu müssen wir eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten. Sie kennen diese Menschen, ihnen vertrauen sie. Die wirtschaftliche Basishilfe soll hier für den Moment Teil der Lösung sein.

MH Was die Organisationen betrifft, so haben wir bei unserer Datenerhebung festgestellt, dass viele neue Akteurinnen und Akteure dazugekommen sind während des Lockdowns. Dadurch entstanden neue Verbindungen zu Armutsbetroffenen. Das sollte man in Zukunft nutzen. Stereotype und Ängste sind irrational, sie lassen sich nicht alleine mit Informationen abbauen, sondern es braucht solche persönlichen Kontakte.



Vertrauen ist wichtig, aber gibt es darüber hinaus auch eine gewisse Absicherung, keine negativen Konsequenzen fürchten zu müssen?

RG Die verschiedenen Organisationen, denen wir die Basishilfe zur Verfügung stellen, unterstehen nicht der Meldepflicht.

Wie wird sichergestellt, dass sich niemand mehrfach Geld auszahlen lässt?

RG Die Organisationen ergreifen Massnahmen, um Doppelbezüge von wirtschaftlicher Basishilfe durch dieselbe Person zu verhindern. Zudem sind die Zuständigkeiten der Organisationen für die spezifische Zielgruppe klar definiert und abgegrenzt, und wo diese Abgrenzung nicht eindeutig möglich ist, erfolgt ein enger Austausch untereinander. Weiterhin bestätigen auch die betroffenen Personen per Selbstdeklaration, dass sie nicht bereits andere Leistungen – darunter auch die wirtschaftliche Basishilfe – beziehen.

MG Die Gelder werden durch vier NGO verteilt, und jede Organisation ist für eine spezifische Gruppe von Adressatinnen und Adressaten zuständig. So ist die Caritas für Familien mit gültigem Aufenthaltsstatus zuständig, die SPAZ für Sans-Papiers, der Verein Solidara – vormals Stadtmission – für Sexarbeitende bei der Isla Victoria, der Verein Schweizerisches Rotes Kreuz Kanton Zürich für Ausländerinnen und Ausländer mit gültigem Aufenthaltsstatus, hier jedoch Einzelpersonen und Paare im Unterschied zur Caritas, die sich um

«Die Erwerbsarbeit ist die zentrale Überlebensstrategie der Sans-Papiers.»

MONIKA GÖTZÖ

Familien kümmert. Die vier Organisationen kennen ihre Adressatinnen und Adressaten, daher wird ein Mehrfachbezug wohl recht schwierig werden.

Bei der Datenerhebung der ZHAW wurden neun Bezugsgruppen der Lebensmittelabgabe ausgemacht. Dazu gehörten auch Prostituierte. Nirgendwo in der Schweiz galt das Sexverbot so lange wie im Kanton Zürich. Warum?

RG Es war eine Entscheidung des Kantons. Klar war meines Erachtens, dass ein Verbot nicht zum Schutz der Prostituierten beigetragen hat.

MH Ein landesweites Verbot zu Beginn der Pandemie war nachvollziehbar, man wusste zu wenig über das Virus. Aber dass man Monate später noch einmal Sexarbeit verbietet, war epidemiologisch kontraproduktiv. Die Unterstützung brach weg, aber das Geschäft ging weiter.

Im März hat das Stadtparlament einen Kredit über 4,6 Millionen Franken für ein dreijähriges Pilotprojekt gesprochen. Es soll Personen ohne Krankenkasse eine medizinische Unterstützung sichern. Warum ging das im Vergleich zur hitzig diskutierten Basishilfe so schlank durch?

MH Zynisch gesagt: Wer gesund ist, kann das Land wieder verlassen. Kranke können das nicht.

MG Offenbar werden armutsbezogene Fragen anders eingestuft als gesundheitliche Fragen. Die Wertigkeit, die dahinter steht, lautet: Gesundheit kann passieren, Armut ist selbstverschuldet. Das finde ich problematisch. Unsere Studie zeigt, dass sich diese Menschen enorm bemühen, selbständig durchs Leben zu kommen. Meine Prognose lautet: Sobald sie sich wieder auf dem Arbeitsmarkt bewegen können, werden sie keine Gelder mehr beanspruchen. Die Erwerbsarbeit ist ihre zentrale Überlebensstrategie.

RG Wie widersprüchlich eine solche Unterscheidung von gesundheitlicher und wirtschaftlicher Not im Akutfall ist, scheint manchen Menschen vielleicht gar nicht bewusst zu sein.

Indem Sie die Corona-Notsituation heranziehen und dabei das Schweizer Migrationsrecht kritisieren, koppeln Sie die Basishilfe an eine Grundsatzdebatte – warum?

RG Die Koppelung liegt auf der Hand. Das Bundesrecht erschwert unseren Auftrag, Menschen in Not zu helfen.

Laut Sans-Papiers-Organisationen hätten wir mit einer Regularisierung nicht diese Not. In Genf wurden bei der Opération Papyrus 2500 Sans-Papiers reguliert. Dennoch sah man im Lock-down Menschenschlangen bei Essensabgaben.

RG Es gibt keine umfassende Lösung für alle Aspekte der Prekarisierung. Die Regularisierung ist ein mögliches Mittel. Auch die City Card, eine Art städtische Identitätskarte, wäre ein Schritt in diese Richtung, selbst wenn sie nur ein Behelfsinstrument ist. Man muss es doch so sehen: Menschen, die seit einer bestimmten Weile hier leben, fünf oder zehn Jahre, die gehören irgendwann einfach dazu.

Die Aufenthaltsdauer ist immer wieder Gegenstand der Diskussion. Ab wann gehört jemand denn dazu?

MG Die meisten Sans-Papiers, mit denen wir gesprochen haben, leben seit längerer Zeit hier, manche schon seit 20, 30 Jahren. Sie arbeiten. Ihre Familien ziehen sie in den seltensten Fällen nach – so viel zur immer wieder geäußerten Befürchtung, dass Projekte wie die wirtschaftliche Basishilfe eine Sogwirkung entfalten würden. Auch in Genf hat man bei der Evaluation der Opération Papyrus keine Sogwirkung feststellen können. Die Zahlen dort sind stabil, sie sind mit der Situation am Arbeitsmarkt verknüpft.

MH Die Festlegung einer Aufenthaltsdauer geht eigentlich an der Realität vorbei. Man kann sich in diesem Land nichts ersitzen, man kann es sich nur erarbeiten. Schätzungsweise 75 000 bis 100 000 Sans-Papiers leben in der Schweiz. Sie sind ein wichtiger Faktor in der Volkswirtschaft. Wieso muss man zehn Jahre Ausbeutung ertragen, um hier leben zu dürfen? Das finde ich unlogisch.

RG Ich sehe die Festlegung einer gewissen Anzahl Jahre nicht nur negativ. Für die Betroffenen bringt das durchaus eine Entlastung, wenn sie wissen, dass sie nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer auf der sicheren Seite sind. Egal, ob das nun zehn oder 15 Jahre sind.

Zur vorhin erwähnten City Card: In Luzern und Biel haben sich die Regierungen dieses Jahr gegen eine solche städtische Identitätskarte ausgesprochen. Auch in Zürich regt sich eine so starke Opposition, dass eine Regularisierung nicht durchsetzbar scheint. Warum klappte es in Genf?

MG Der Röstigraben spielt eine grosse Rolle, das merkt man oft bei sozialpolitischen Fragen.

«Wieso muss man zehn Jahre Ausbeutung ertragen, um hier leben zu dürfen? Ich finde das unlogisch.»

MICHAEL HERZIG

MH Jene Städte, die bei der City Card zögern, müssen bedenken: Wenn sie jetzt nichts unternehmen, verlieren die Menschen die Wohnung. Und das Obdach, das wissen wir von den Befragungen, hat oberste Priorität. Es ist das Letzte, das sie aufgeben.

Der Bundesrat hat Ende 2020 eine kollektive Regularisierung der Sans-Papiers abgelehnt. Wird sich das auf die anstehende Behandlung der City Card im Zürcher Gemeinderat auswirken?

RG Es ist klar, dass es auf Bundesebene nicht so schnell gehen wird. Darum ist es wichtig, dass wir auf kommunaler Ebene schon etwas bewegen. Allein schon aus föderalistischen Gründen müssen wir uns für unseren Spielraum wehren, zumal wir letztlich dafür zuständig sind, Armut zu vermeiden. Und trotz allem halten wir uns mit unseren Massnahmen an die geltenden Gesetze. X

RAPHAEL GOLTA (SP) steht seit 2014 als Zürcher Stadtrat dem Sozialdepartement vor. Im Mai lancierte er das Pilotprojekt «Wirtschaftliche Basishilfe» für Armutsbetroffene, die keinen oder einen risikoreichen Zugang zu Sozialhilfe haben. Für das Projekt stehen ab Sommer 2021 innert 18 Monaten 2 Millionen Franken zur Verfügung.

MONIKA GÖTZÓ leitet das Institut für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe. Ihre Datenerhebung pandemiebedingter, kostenloser Mahlzeiten-, Lebensmittel- und Gutscheineabgaben in der Stadt Zürich durch öffentliche und private Institutionen lieferte die empirische Einschätzung aktueller und künftiger Bedarfe (zhaw.ch/lebensmittelabgabe).

MICHAEL HERZIG lehrt und forscht am Institut für Sozialmanagement und berät Organisationen im Sozialbereich. Er gehörte zum Projektteam der Datenerhebung.

The background is a solid teal color. It is decorated with numerous white circles of varying sizes, scattered across the entire surface. Some circles are larger and more prominent, while others are smaller and more subtle. The circles are distributed in a way that creates a sense of depth and movement, with some appearing to be in the foreground and others in the background.

Ausgrenzung

unter

Ausgegrenzten

Wer neu zu einer Gruppe stösst, muss sich beweisen. Diese Dynamik beschrieb einst der Soziologe Norbert Elias in England. Sie spielt auch in Mikrokosmen wie in einem Alkoholikertreffpunkt in Zürich.

Essay von ERILENE LEITE DE ARAÚJO und MICHAEL HERZIG

Eine soziale Einrichtung als Heimat für Menschen, die kein Daheim haben. So wurde die Anlaufstelle t-alk vor über 20 Jahren in Zürich konzipiert. T-Bindestrich-Alk: Treffpunkt für Alkoholikerinnen und Alkoholiker.

Laut Konzept sollten sie sich mit ihrem Treff identifizieren, er sollte attraktiver sein als die Parkbank. Mittel dazu waren Mitsprache und Mitarbeit. Sehen konnte man dies an den Brockenhaus-Schinken an der Wand, hören an Elvis Presley aus der Stereoanlage und erfahren bei den Jass-Meisterschaften. Einen Tag im Monat schmissen die Klientinnen und Klienten den Laden selbst. Ohne moderierende und beschwichtigende Sozialarbeit. Da die Zielgruppe schwere Alkoholikerinnen und Alkoholiker waren (und noch immer sind), ähnelte die Einrichtung bald einer Kneipe. Der prominenteste Ort? Der Stammtisch. Gross, rund, in seiner Mitte ein kupferner Aschenbecher.

Cervelat-Salat und Wädli

Wer Beizen kennt, weiss: Ein Stammtisch ist Einheimischen vorbehalten. Wer das Lokal zum ersten Mal betritt, setzt sich woanders hin. Vorerst. Haben sich die Zugezogenen bewährt, dürfen sie sich dazusetzen. Dann gehören sie dazu. So war es beim t-alk gedacht: der Stammtisch als Instrument sozialer Inklusion. Das war er auch – aber nicht nur das. Er stellte sich als geradezu dialektisches Möbel heraus.

Eine Studentin der Sozialen Arbeit sah in ihm ein Symbol für Machtausübung. Die junge Frau war in Brasilien aufgewachsen und absolvierte im t-alk ihr Praktikum. Der grosse runde Tisch, dieser Platz in der Mitte des Raums,

erinnerte sie an eine Theorie des jüdischen Intellektuellen Norbert Elias.

Als die Nationalsozialisten 1933 das soziologische Institut der Universität Mannheim schlossen, an dem er habilitieren wollte, floh Elias nach England. Nach Monaten in Internierungslagern liess er sich in Leicester nieder. Im Vorort South Wigston beobachtete er ein ausgeprägtes Machtgefälle zwischen der ansässigen Industriearbeiterschaft und den später zugezogenen Arbeiterfamilien. Arm waren alle, nur die neu Zugezogenen waren ärmer dran.

In dieser Arbeitersiedlung sezierte Norbert Elias die sozialen Beziehungen. Er entlarvte faktische Diskriminierung von neu Zugezogenen und symbolische Machtkonstituierung der seit langem Ansässigen. Seine eigene Erfahrung als Geflüchteter und sein eigenes Fremdsein schärften die Sinne. So deckte er Ausgrenzungsmechanismen auf, die er im Buch «Etablierte Aussen-seiter» beschrieb. Darin gibt er South Wigston den fiktiven Namen Winston Parva. Das 1965 publizierte Werk ist heute ein Klassiker der Soziologie.

Wer sich im t-alk an den Stammtisch setzen darf, ist das eine, was auf den Tisch kommt, das andere. Im Treffpunkt kochen die Gäste. Besonders oft tun dies die Stammgäste. Wer es schafft, 30 vollwertige Menüs zuzubereiten, erntet Anerkennung. Das ist gut für das Selbstbewusstsein von Menschen, denen draussen auf der Parkbank ständig das eigene Scheitern vorgeführt wird.

Kochen als Inklusionsbeschleuniger – das gehörte zum Konzept. Und es hat funktioniert: Die Köchinnen und Köche sind hoch angesehen. Sogar ein Kochbuch haben sie herausgegeben,

darin Fotos mit strahlenden Augen in verwitterten Gesichtern.

Aber im t-alk gibt es auch Neuankommende, denen nicht warm ums Herz wird, wenn der Cervelat-Salat serviert wird oder das Wädli mit Sauerkraut und Kartoffeln. Manche schieben das Schweinefleisch zur Seite. Andere versuchen, selbst in die Position der Köchin oder des Kochs zu gelangen.

Nur beinahe im gleichen Boot

Doch da hört der Spass auf. «Versuchen kann man es schon, aber wenn man keine Erfahrung hat, dann filtern sie dich raus», sagt Zara, die es probiert hat. Die Stammgäste kennen keine Gnade, wenn es nicht mundet. Oder wenn es zu fremdländisch schmeckt.

«Wenn sie ihr Essen <innebigä> wollen, sollen sie es im Coop selber kaufen. Ich kann ja auch nicht weiss ich irgendwo hin nach Marokko und sagen: <Ich will Rösti!>», meint Reto. «Kein Schweinefleisch essen, aber saufen und kiffen», fügt er noch an. Er ist ein Wortführer am Stammtisch. Zwar sassen sie alle im gleichen Boot: keine Wohnung, Alkoholabhängigkeit, psychische Probleme. Doch weil sie eben nicht in der Schweiz aufgewachsen seien, passen die Neuen auch nicht hierhin. Reto sagt: «Wenn du anders aufwächst, kannst du nicht einfach den Schalter umstellen.» Jürg mag diese Diskussion nicht. Man ende schnell beim Rassismus.

Die Mehrheit der Köche im t-alk sind Schweizer, männlich, über 50. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter versuchen immer wieder, die Zusammensetzung der Kochtruppe ausgeglichener zu gestalten und damit den Menüplan der multikulturellen Realität



anzupassen. «Aber das mit dem Schweinefleisch ist schwierig», meint Zara. Said ergänzt: Die Neuen bräuchten Zeit, um akzeptiert zu werden. Es sei normal, finden beide, dass die Alteingesessenen Privilegien haben. Said ist überzeugt, dass es Demut braucht, um dazuzugehören. Zara hat den Anpassungsdruck verinnerlicht: «Ich bin nicht Rassistin, aber ich denke, wenn man in ein Land kommt, muss man sich anpassen.»

Nostalgie mischt sich mit Angst

Auch den Stammgästen ist klar, dass die Neuen irgendwann einmal nicht mehr neu sein werden. Ausserdem sterben Stammgäste weg, man wird selten alt auf der Gasse. Leere Sitze werden neu besetzt. Da macht sich gerne einmal präventive Nostalgie breit. Zur Sehnsucht nach dem Gestern gesellt sich die Furcht vor dem Morgen: «Sie kommen <chlapfweise>. Nicht nur einer oder zwei, sondern sie kommen halt oft in Gruppen. Sie setzen sich breit hin und beanspruchen viel Platz.» Darum werden die Neuankömmlinge der alten Zeiten wegen von Schlüsselpositionen ferngehalten, so lange es geht – und wie Norbert Elias es beschrieben hat. Sie werden mit allen möglichen Schimpfworten tituliert, trotz Verbot und drohender Sanktionen durch das Team. Das Repertoire ist dasselbe wie an jedem anderen Stammtisch. Und es geschieht so wirkungsvoll, dass einige der Abgewerteten irgendwann selbst von ihrer Minderwertigkeit überzeugt sind. Andere reagieren mit Gegenvorwürfen. Wieder andere orten neue Gruppen, die noch schlechter gestellt sind als sie selbst.

Im t-alk sind die «Etablierten», wie der Soziologe Elias sie nannte, männliche Alkoholiker mit Schweizer Pass, die seit langem dorthin gehen. Früher sassen sie am Stauffacher, in der Bäckeranlage, am Stadelhoferplatz und am Hauptbahnhof. Der t-alk ermöglichte ihnen, vom Rand in die Mitte zu rücken. Mit dem t-alk haben sie eine neue Heimat. Und auf einmal haben sie etwas zu verlieren. Eine der Kernaussagen von Norbert Elias lautet, dass Macht nur im Verhältnis zu Ohnmacht

existiert. Man ist nicht mächtig per se, sondern bloss mächtiger als jemand anderer. Ohne Mitte gibt es keinen Rand, ohne Etablierte keine Aussenseiter.

Die Rolle der Neuankömmlinge in Winston Parva übernehmen im t-alk in der Schweiz aufgewachsene Secondos, Arbeitsmigrierende aus Lateinamerika und Osteuropa, Geflüchtete aus dem Nahen Osten und aus Afrika. Sobald sie die Türschwelle überschreiten, geraten sie in einen Strudel aus Stigmatisierung und Gegenstigmatisierung. Wie die Neuankömmlinge bei Elias. Dies alles bedeutet jedoch nicht, dass der t-alk als Inklusionsprojekt gescheitert ist. Man muss sich vielmehr fragen, was Inklusion überhaupt zu erreichen vermag.

Blick von aussen

Wenn man Ausgegrenzten die Möglichkeit gibt, sich so zu verhalten wie die Mitte der Gesellschaft, dann verhalten sie sich eben auch so. Im Mikrokosmos des Randständigentreffs ist das informelle Schweinefleischgebot das, was das Minarett- und das Burkaverbot in der Bundesverfassung sind. Soziale Einrichtungen sind ein Spiegel der Gesellschaft, die sie geschaffen hat. In ihnen zeigt sich beispielhaft, wie schwierig es ist, gewisse Dinge wahrzunehmen oder zu verändern, wenn man selbst Teil des Ganzen ist. Es mag kein Zufall sein, dass einer Aussensehenden wie der Praktikantin aufgefallen ist, was manche Eingessene übersehen haben mögen.

Der Blick von aussen lüftet den Schleier über dem Alltäglichen und dem Unbeachteten. Er hilft uns, vermeintlich Selbstverständliches zu verstehen. Er zwingt uns, Gewissheiten zu hinterfragen. Er bewahrt uns davor, das zu werden, was wir vielleicht nie werden wollten. ✕

ERILENE LEITE DE ARAÚJO hat in ihrer Bachelorarbeit Sozialdynamiken im t-alk analysiert und die Etablierte-Aussenseiter-Figuration von Norbert Elias angewendet. MICHAEL HERZIG, der beurteilende Dozent, hat den t-alk vor Jahren mitentwickelt und mitbegründet.

→ **Bachelorarbeit:**
zhaw.ch/ausgrenzung

ALKOHOLIKERTREFFPUNKT T-ALK

Der t-alk ist ein Angebot der Sozialen Einrichtungen und Betriebe der Stadt Zürich. Das Konzept wird regelmässig überarbeitet. Beispielsweise wurde der Stammtisch inzwischen ersetzt durch eine offenere Raumgestaltung. Zudem unterstützen sozialpädagogische Massnahmen die Integration aller Gäste. So ist Said nun Koch und seine marokkanische Küche äusserst beliebt.



PINK CROSS

Wenn die Community selbst forscht

Von PETER STRECKEISEN

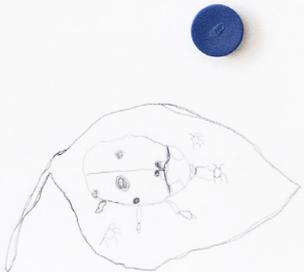
Pink Cross ist der Dachverband der schwulen, bisexuellen und queeren Männer in der Schweiz. Zwei Mitglieder des Vorstands kamen auf mich zu, um ein Forschungsprojekt zu realisieren. Dabei sollte die Vielfalt der Biografien, Identitäten und Zukunftswünsche dieser «Men having Sex with Men (MSM)», wie sie im Fachjargon genannt werden, sozialwissenschaftlich erforscht werden.

Zwei Anliegen waren ihnen wichtig. Erstens sollte daraus nicht die x-te Untersuchung zu sexuellen Praktiken und Gesundheit werden, sondern eine Studie über die Erfahrungen und Wünsche dieser Männer wie zu irgendeiner anderen Bevölkerungsgruppe. Zweitens sollte diese Studie nicht *über* sie, sondern *mit* ihnen gemacht werden. Sie wollten nicht Forschungsobjekte sein, sondern *-subjekte*. Sie wollten mitforschen, mitdiskutieren, mitinterpretieren. Gefragt war deshalb ein partizipativer Ansatz.

Inzwischen sammeln wir erste Erfahrungen mit gemeinsamem Forschen im Rahmen einer Vorstudie. Pink Cross hat ein Team mit sechs Mitgliedern aus seinen Netzwerken gebildet. Diese Forscher führen derzeit Gruppendiskussionen in der Community durch. In einem Workshop an der ZHAW haben wir sie auf diese Aufgabe vorbereitet und ihnen einige methodische Werkzeuge an die Hand gegeben, darunter einen Leitfaden, eine Checkliste und mehr. Die Transkription der Diskussionen sowie eine erste Auswertung übernimmt die ZHAW. Im Herbst 2021 findet der nächste Workshop mit dem Forschungsteam statt, um die Ergebnisse zu diskutieren. Es wird dann auch der wissenschaftliche Beirat eingeladen, den ein Mitglied von Pink Cross beinahe im Alleingang zusammengetrommelt hat.

Bei den Gesprächen mit unserem Auftraggeber ging es auch um die Methodik partizipativer Forschung. Die Vorgabe: Sie soll kollaborativ, veränderungsorientiert und inklusiv sein. Das klingt gut, aber auch ein bisschen abstrakt oder hochtrabend. Diese Prinzipien müssen durch konkrete Erfahrungen in der forschenden Zusammenarbeit zum Leben erweckt werden. Forschen können alle Menschen, die ein Erkenntnisinteresse entwickeln sowie Geduld, Ausdauer und Bereitschaft zur Selbstreflexion mitbringen. Durch den partizipativen Ansatz tritt die Forschung aus den exklusiven Institutionen der Wissenschaft heraus und schlägt Wurzeln in den Lebenswelten der beteiligten Menschen.

→ zhaw.ch/pink-cross-vorstudie



Bereit zum Abheben

Mit «Copilot» unterstützt die Caritas Zürich Eltern beim Schuleintritt ihrer Kinder. Die ZHAW hat das Projekt wissenschaftlich begleitet.

Von MARTIN BIEBRICHER und FRANZISKA WIDMER

Kommt das Kind in die Schule, flattern Informationsblätter ins Haus, man muss Formulare ausfüllen und privates Engagement zeigen. Von der Hortanmeldung über Ferienkurse buchen bis zum Räbeliechtli schnitzen – Mütter und Väter können ein Lied davon singen. Kenntnisse der Sprache und des Schulsystems sind essenziell, um den Überblick zu behalten und sicherzustellen, dass das eigene Kind nichts verpasst. Hier setzt das Projekt «Copilot» von Caritas Zürich an. Seit 2015 vermittelt die Organisation freiwillige Coaches an sozial benachteiligte Familien mit Kindern. Viele von ihnen leben erst seit kurzer Zeit in der Schweiz. Die Mentorinnen und Mentoren unterstützen die Eltern während des ersten Kindergarten- oder Primarschuljahres zwei- bis viermal pro Monat im Kontakt mit den Bildungsinstitutionen.

Ein Ziel des Projekts ist es, für mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem zu sorgen. Denn Übergänge zwischen verschiedenen Lebensphasen und Bildungssettings sind besonders herausfordernd. Vor allem das Einmünden in den Kindergarten und der daran anschliessende Wechsel in die Primarschule sind von zentraler Bedeutung für den weiteren Bildungsweg.

Äusserst positive Wirkung

«Copilot» wurde vom Institut für Kindheit, Jugend und Familie der ZHAW in den Jahren 2018 bis 2020 wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Zwei Ziele waren damit verbunden: Erfolgsfaktoren und Stolpersteine zu eruieren sowie Erkenntnisse über Wirkungsprozesse des Projekts zu gewinnen, die von Caritas in die Steuerung von «Copilot» eingespeist werden können. Dafür wurden für die Evaluation erstellte qualitative Projektdokumentationen analysiert sowie Interviews mit Eltern, Freiwilligen und Lehrpersonen geführt.

Das Ergebnis der Evaluation von insgesamt 35 Tandems ist äusserst positiv. Offenbar trägt «Copilot» entscheidend dazu bei, dass die Bildungsverläufe der Kinder in den begleiteten Familien regelmässig thematisiert und bearbeitet

werden. Ebenso wurde deutlich, dass die Eltern zu einer besseren Zusammenarbeit mit der Schule sowie zur eigenverantwortlichen Wahrung der Bildungsinteressen ihrer Kinder befähigt werden.

Die Unterstützung wird von den Familien als sehr wertvoll eingeschätzt. Oftmals entsteht ein Vertrauensverhältnis, wobei auch andere Probleme erkannt und angegangen werden können. Das kann mitunter zur Herausforderung für die Freiwilligen werden. Die Projektleitung unterstützt sie wesentlich dabei, diese zu bewältigen.

Individuellere Gestaltung

Basierend auf der Evaluation empfiehlt das ZHAW-Team unter anderem, dass das Projekt unbedingt fortgesetzt und ausgebaut werden sollte. Tatsächlich ist das nun möglich: Nach der Evaluation sagten die Stadt Zürich und die Mercator-Stiftung ihre weitere finanzielle Unterstützung zu. Die Forscherinnen und Forscher der ZHAW erachteten es zudem als sinnvoll, die Begleitung zeitlich flexibler zu gestalten und die Dauer von der individuellen Situation der Familie her zu planen. Ausserdem sollten auch andere Übergangsphasen wie die Einmündung in den Kindergarten oder der Wechsel in die Primarstufe enger begleitet werden.

Die Evaluation macht deutlich, wie stark sich soziale und ökonomische Schwierigkeiten von Familien auf das Gelingen der Schuleingangsphase auswirken können. Deshalb die Empfehlung, diese Schwierigkeiten konzeptionell stärker in den Blick zu nehmen. Dies leistet zum Beispiel das kürzlich gestartete Projekt «Copilot Café», in dem Familien, die eine weniger enge Begleitung wünschen, erreicht werden können. Für all dies braucht es engagierte und «passende» Freiwillige. Das «Matching» zwischen Freiwilligen und Familien wird als zentral für den Erfolg von «Copilot» eingeschätzt. Die Evaluation schlägt deshalb vor, die Begleitung der Freiwilligen auszubauen. X

→ zhaw.ch/copilot-schulstart;
caritas-zuerich.ch/copilot



«Ich finde ältere Menschen einfach cool»: Simon Stocker arbeitet freiberuflich, unter anderem für die Umsetzung der Altersstrategie 2035. (Zürich, 6. Juli 2021)

Vom Stadtrat zum Berater der Stadt

Simon Stocker ist Experte für Alterspolitik.
Sein Wissen erwarb er an der ZHAW
und als Politiker in der Exekutive.

Von REGULA FREULER

Die Mittagssonne leuchtet durchs Fenster, als Simon Stocker die Türe öffnet, direkt in die Wohnküche. Auf dem Tisch trocknen leere Babyschoppen: Vor einigen Monaten ist der 40-Jährige Vater geworden. Beruflich befasst er sich mit Menschen am anderen Ende der Lebensspanne. Er ist Experte für Alterspolitik. «Ich finde ältere Menschen einfach cool», begründet Stocker seine Berufswahl. «All das angesammelte Wissen. Diese Gelassenheit. Eine überzogene individualistische Anspruchshaltung ist den meisten von ihnen fremd», findet er, «man verwendet dafür ein altmodisches, aber treffendes Wort: Dankbarkeit.»

Die Familienwohnung in Zürich-Wipkingen dient auch als Stockers Büro. Er ist Leiter Alterspolitik bei GERONTOLOGIE CH, einer Organisation für Lebensqualität im Alter. Zudem wirkt er auf Mandatsbasis bei der Umsetzung der Altersstrategie 2035 der Stadt Zürich mit. Seit der gebürtige Schaffhauser in den Nullerjahren an der ZHAW Soziale Arbeit studierte, setzt er sich intensiv mit Alterspolitik auseinander. «Der öffentliche Diskurs ist oftmals negativ konnotiert», findet er, «ständig wird über Kosten gesprochen. Dabei sind ältere Menschen enorme Ressourcen für das Gemeinwesen. Das sollte man nutzen, indem man neue Formen der Mitwirkung schafft.»

Student, Politiker und wieder Student

Noch vor dem Bachelorabschluss 2008 bewarb er sich bei Pro Senectute Kanton Zürich. «Ich hatte ein Praktikum auf einer Demenzabteilung gemacht. Das war eine so positive Erfahrung, dass ich fortan in diesem Bereich tätig sein wollte, nirgends sonst», erzählt er. Stocker bekam die Stelle. Einige Jahre später begann er, freiberuflich Gemeinden und Altersheime zu beraten. «Eigentlich wollte ich damals ganz auf diese Karte setzen, aber dann wählte man mich dummerweise in den Schaffhauser Stadtrat.» Er lacht. Das war ironisch gemeint. Natürlich sei sein Interesse ernsthaft gewesen: «Wenn kandidieren, dann richtig.»

Als Politiker der Alternativen Liste war Simon Stocker bekannt in seiner Heimat. Er sass unter anderem schon im Grossen Stadtrat. Es ist leicht nachzuvollziehen, warum er Wählerinnen und Wähler überzeugt: Er ist eloquent, aber mit Bodenhaftung. Man spürt sein Engagement, er wirkt nahbar. Nach der Wahl bekam er 2013 den Sitz des Sozial- und Sicherheitsreferenten – und war unter anderem zuständig für die Altersheime. Die Gestaltungsmöglichkeiten seien inspirierend gewesen, sagt er: «Aber nach einer Weile reizte mich eine fachliche Vertiefung, ich wollte

Klientel, die

[Kli|en|tel]

mir noch mehr Rüstzeug aneignen.» Und so ging er zurück an die ZHAW für ein Masterstudium, das er berufsbegleitend absolvierte. «Sozialmanagement- und Führungsfragen haben mich schon immer beschäftigt. Das Masterstudium ist ideal, um sich intensiv damit auseinanderzusetzen», ist Stocker überzeugt.

Sitzbänke und Zebrastrifen

Bald nach dem Abschluss spürte er erneut einen Drang nach Veränderung. Und dann gab es da diese Frau, Leiterin eines historischen Museums in Berlin, heute seine Ehefrau. Im Herbst 2019 beschloss er, bei den nächsten Wahlen nicht mehr anzutreten. Kurz darauf kam Covid-19. Gerade für Altersheime bedeutete die Pandemie höchste Verunsicherung. «Eine Frau rief mich an und weinte, weil sie ihre sterbende Mutter nicht besuchen durfte», erinnert sich Stocker. Einer von vielen schweren Momenten für den damaligen Stadtrat.

Eigentlich wollte er dieses Jahr zunächst eine Auszeit nehmen und reisen, aber eben: Corona. Also zog die junge Familie nach Zürich. Man sieht dem gut sortierten Zuhause an, dass es noch nicht allzu lange bewohnt wird – und auch nicht ständig. Wegen der Museumsstelle von Stockers Ehefrau verbringen sie viel Zeit in Berlin.

Seit Anfang Jahr leitet er bei GERONTOLOGIE CH den Bereich Alterspolitik, wo er mit dem Aufbau des Programms «Altersfreundliche Gemeinden» betraut ist. Derzeit erarbeitet er einen Massnahmenkatalog, den man den Gemeinden ab Oktober zur Verfügung stellen wird. Dazu kommt sein Mandat bei der Altersstrategie, es dreht sich um Mitwirkung und Mobilität. «Dass Seniorinnen und Senioren gut unterwegs sein können, ist essenziell für ihre Lebensqualität», weiss Stocker. «Sitzbänke sind wichtig, ebenso Zebrastrifen und Barrierefreiheit.» Er hat Quartierbegehungen entwickelt, am 1. Oktober – am Internationalen Tag der älteren Menschen – geht es los. Zudem konzeptioniert er die erste Alterskonferenz der Stadt Zürich mit, die Ende November stattfindet. Ab Frühjahr 2022 wird er zudem als Lehrbeauftragter an der ZHAW unterrichten.

Während Simon Stocker von den Probe-Begehungen erzählt, öffnet sich die Wohnungstüre: Frau und Söhnchen kehren von einem Spaziergang zurück. Ist der Altersexperte bereits zum Kleinkindexperten geworden? «Von älteren Menschen verstehe ich sicherlich mehr», meint er lachend. X

→ **Masterstudium in Sozialer Arbeit:**
zhaw.ch/sozialarbeit/master

«Klappern gehört zum Handwerk», sagt ein Sprichwort. Wer mit einem ärztlichen Bericht, einer juristischen Argumentation oder einer IT-Bedienungsanleitung konfrontiert ist, mag leidvoll ergänzen: «Fachsprache gehört zur Profession.» Das ist bei der Sozialen Arbeit nicht anders. Manche Fachbegriffe erleichtern die Kommunikation, weil sie Klarheit schaffen. Andere werden unterschiedlich verstanden. Und dann gibt es die dritte Gruppe: den Jargon. Also aus lauter Gewohnheit verwendete Fachbegriffe. Mitunter stehen sie im Widerspruch zu dem, was man aussagen möchte. Klientel ist für mich ein solcher Fachbegriff auf Abwegen.

Als junger Student lernte ich vor knapp 30 Jahren: In der Sozialen Arbeit haben wir es mit Klientinnen und Klienten zu tun. Das hat mir imponiert. Es klang nach Anwaltschaftlichkeit, nach bedingungslosem Einsatz für Gerechtigkeit. Nach Berufen mit hohem Renommee, wie Rechtsanwältin oder Steuerberater. Bald darauf erfuhr ich, wie der Begriff in die Soziale Arbeit kam: Die in der Nachkriegszeit aus den USA nach Europa (re)importierten psychoanalytisch geprägten, liberalen, pragmatischen Methodenansätze des Social Case-works benutzen das englische «client». Damit versuchten sie, das demokratische Bild von Menschen zu transportieren, die als entscheidungsfähige Subjekte die Soziale Arbeit aus eigenem Antrieb beauftragen, ihnen zu helfen.

Bis heute irritiert mich aber der zur Beschreibung einer Gesamtheit von Klientinnen und Klienten verwendete Begriff Klientel. Im alten Rom waren «cliens» die halbfreien Abhängigen von Patrizierfamilien: Dienstboten, Mägde, Knechte. Im Deutschen vergleichbar mit dem auf einem Gutshof verdingten Gesinde. Der Duden verweist auch auf das lateinische «clientela» und übersetzt dies mit «die Gesamtheit der Hörigen». Hörige, Verdingte, Gesinde – niemand käme heute ernsthaft auf die Idee, Menschen, die Soziale Arbeit in Anspruch nehmen oder von der Sozialen Arbeit in Anspruch genommen werden, so zu bezeichnen. Und doch hört man den Begriff häufig. Dabei beschreibt «Klientel» nicht etwa entscheidungsfähige Subjekte, sondern macht Menschen sprachlich zur Verfügungsmasse einer absolut herrschenden Macht. Kritischen Sozialarbeitenden, die es mit der Ermächtigung, dem *empowerment* ihrer Adressatinnen und Adressaten ernst meinen, dürfte dieser Umstand zu denken geben.

Von MARTIN BIEBRICHER
Der ZHAW-Dozent ist Co-Leiter des
Bachelorstudiengangs Soziale Arbeit.



Mit den Jugendlichen aus den Quartiers nord von Marseille

Von MANUEL BERTOCCO

Marseille c'est la plage, le foot, la gratte en pleine chaleur, [...] / Les flics te font danser le moonwalk à coup d'taser / On s'ennuie toute la nuit on parle, on tourne jusqu'à pas d'heure ... So beginnt ein Song von Jul, einem der populärsten französischen Rapper, über seine Heimatstadt. Sein Markenzeichen sind die zu den Buchstaben J-U-L geformten Finger, dem man als Jubelgeste oder Graffiti vielerorts in Marseille begegnet. Ich studierte dort am Institut Régional du Travail Social und war als Praktikant mit delinquenten Jugendlichen im Kinder- und Jugendheim Saint-Michel sowie im Kompetenz- und Beratungszentrum Résado tätig. Jul singt: Marseille, das ist Strand, Fussball, Wolkenkratzer in der Hitze. Definitiv! Das Meer ist Lebensgrundlage und Treffpunkt, Fussballtrikots gehören quasi zum Dresscode, und überall fallen die Wandmalereien mit den Vereinskürzeln OM auf. Der Stadtclub Olympique Marseille ist beständiges Gesprächsthema. «Die Cops lassen dich im Takt des Tasers den Moonwalk tanzen», singt Jul.

Gewalt und Kriminalität gehören in den sozioökonomisch benachteiligten Quartieren – die meisten im Norden der Stadt – zum Alltag. Die Arbeitslosigkeit hat viel damit zu tun, wie Jul es beschreibt: «Wir langweilen uns die ganze Nacht, wir reden, wir drehen unsere Runden bis tief in die Morgenstunden.» In meinem Praktikum in der Protection Judiciaire de la Jeunesse (PJJ) wurde das



oft thematisiert. Das Dealen von Drogen ist für sozial benachteiligte junge Menschen eine der wenigen Möglichkeiten, Geld zu verdienen, führt aber teilweise zu harten Begegnungen mit der Polizei. Um Kontrollen zu vermeiden, gibt es Tricks. So sind in den Strassen die Jüngeren nicht für den Verkauf, sondern fürs Warnen zuständig. Sind die *flics* im Anmarsch, werden die Älteren alarmiert. Die Omnipräsenz von Rap in der Welt der Jugendlichen war spannend. So etwa in den Ausflügen mit dem Kinder- und Jugendheim Saint-Michel. Während den Autofahrten durften sie die Musik wählen und erklärten mir die Wortspiele. Wenn zum Beispiel von Alzheimer im *comico*, dem Kommissariat, erzählt wird, ist damit die plötzliche Vergesslichkeit bei einer

Polizeibefragung gemeint. Loyalität untereinander, in diesem Fall die Verschwiegenheit gegenüber der Staatsgewalt, ist einer der Werte, die in den mit Sprachwitz gespickten Texten vermittelt werden. Jul reimt *comico* auf *Une carte postale vu de l'hélico*. Und so ist es: Die Diskrepanz zwischen der Hafenstadt als Postkartenmotiv und den Lebensrealitäten in den Quartiers nord ist enorm.

Hier die wildromantischen Calanques und die über der Stadt thronende Wallfahrtskirche Notre-Dame-de-la-Garde; dort die heruntergekommenen Wohnsiedlungen, wo die Kinder und Jugendlichen, die ich in meinen Praktika kennenlernte, aufwachsen. Die Erfahrungen, die ich in Marseille machen durfte, waren enorm bereichernd. Besonders das Wahrnehmen der Jugendlichen als Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt, über die sie mir als Ortsfremdem offen berichteten, war eine gute Basis, um in der jeweils kurzen Praktikumszeit eine Beziehung aufzubauen. In einer fremden Stadt ankommen und sich einleben müssen, war für mich ein lehrreiches Erlebnis. Es gab mir im Ansatz Hinweise darauf, mit welchen Hindernissen sich Menschen bei der Integration an einem fremden Ort konfrontiert sehen können.

MANUEL BERTOCCO schloss im Juni seinen Bachelor in Sozialer Arbeit an der ZHAW ab. Das letzte Semester verbrachte er in Marseille. Seit Juli arbeitet er in der Sozialpädagogischen Pflegefamilie und Lebensgemeinschaft im Speicher SPLIS in Frauenfeld.

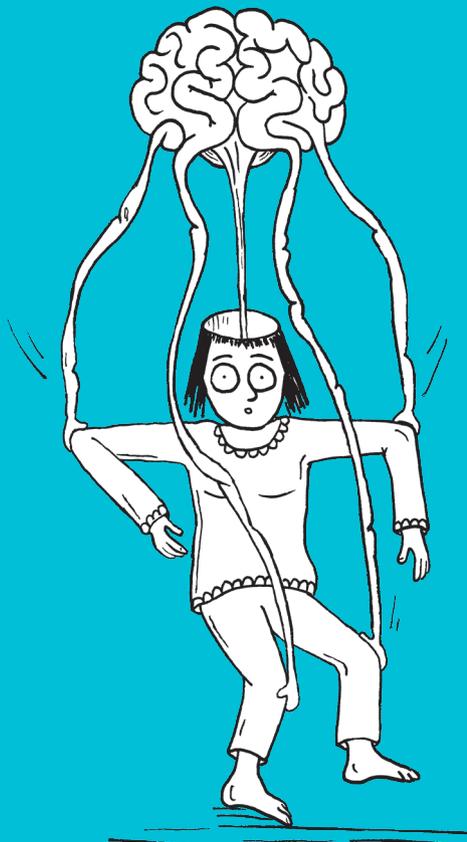
VERANSTALTUNGEN

Die ZHAW lädt Fachpersonen zu Vorträgen und Diskussionen über aktuelle Herausforderungen der Sozialen Arbeit ein. Sie erhalten dabei neue Impulse für Ihre Praxis. Alle Veranstaltungen unter zhaw.ch/sozialearbeit/veranstaltungen oder via QR-Code.



zhaw.ch/sozialearbeit

Folgen Sie uns auf Social Media:
YouTube, LinkedIn, Facebook



"ICH DENKE,
ALSO
BIN ICH?"



Abonnieren Sie unseren Newsletter:
zhaw.ch/sozialearbeit/newsletter
oder QR-Code scannen

20-135 Wettin

Bund-Nr. 525 1 von 2 5 bis 266 Pal 6

Quickmail

Q E-20-135-4-12052-02-078

Frau
Patrizia Ingold
Stadt Zürich
Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB
Stauffacherstrasse 45
Postfach 8225
8036 Zürich